

Im aktuellen PROFIL profil 16/07

Affäre: „Die größte Seifenblase der Geschichte“

Der Skandal um den Fondsanbieter Amis kommt vor Gericht.

Wie die Gründer Harald Loidl und Dietmar Böhmer Anleger um Millionen prellten – unter den Augen einer überforderten Finanzaufsicht.

Fünfhundert Tage sind eine ziemlich lange Zeit, überhaupt dann, wenn man hinter Gittern sitzt. Am 1. Dezember 2005, um 1.15 Uhr mitteleuropäischer Winterzeit, wurden Harald Loidl und Dietmar Böhmer auf der venezolanischen Ferieninsel Margarita festgenommen und nach fünfeneinhalb Monaten Auslieferungshaft in die Justizanstalt Wien-Josefstadt überstellt.

500 Tage sind eine verdammt kurze Zeit, wenn man bedenkt, was die Herren noch vor sich haben.

Loidl und Böhmer stehen zusammen mit drei mutmaßlichen Komplizen im Verdacht, rund 15.000 Anleger in Österreich und Deutschland zwischen 1999 und 2005 nach allen Regeln der Kunst betrogen zu haben (profil berichtete ausführlich). Die Staatsanwaltschaft Wien lastet ihnen einen Schaden von insgesamt 62,17 Millionen Euro an. Strafrahmen: jeweils bis zu zehn Jahre Haft. Der Prozess könnte noch im Juni starten. Für alle Beteiligten gilt bis zu einer allfälligen rechtskräftigen Verurteilung ausnahmslos die Unschuldsvermutung.

Die von Staatsanwalt Georg Krakow verfasste Anklageschrift liegt seit 29. März vor. Darin heißt es unter anderem: „Böhmers und Loidls Ziele waren zusammengefasst, sich selbst in hohem Ausmaß zu bereichern und – ebenfalls zu diesem Zweck ihr Unternehmen Amis aufzubauen. Beides sollten die Kunden zahlen, ohne davon zu wissen. Aufgrund des Vorhabens, möglichst zahlreiche Zahler zu finden und die Struktur so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, handelten sie in der Absicht, sich durch wiederkehrende Täuschung immer neuer und der bestehenden Kunden und die wiederholte Entnahme deren Vermögens eine fortlaufende Einnahme zu verschaffen.“

Der eigentliche Skandal wird in diesem Strafprozess nicht behandelt werden. Böhmer, Loidl und Kompagnons ist es offensichtlich nicht nur gelungen, arglose Kunden über Jahre abzuzocken – sie taten dies vielmehr unter den Augen einer Finanzmarktaufsicht (FMA), die erst einschritt, als es zu spät war.

Krakows Anklageschrift, mehr noch eine vom Grazer Rechtsanwalt Harald Christandl bereits Ende November 2006 eingebrachte Amtshaftungsklage gegen die Republik Österreich enthalten eine Fülle von Indizien, wonach es die Behörde in der Hand gehabt hätte, die Machinationen frühzeitig zu erkennen – und den Schaden so zumindest zu begrenzen.

Dunkle Geschichte. Zeit und Gelegenheit hatten die Aufseher jedenfalls zuhauf.

Streng genommen geht die Affäre bereits auf die frühen neunziger Jahre zurück.

1991 gründete die Geschäftsfrau Dagmar Partik-Wordian, Gattin des damaligen Bawag-Vorstands Gerhard Partik, die auf Vermögensberatung spezialisierte Wiener AMV Asset Management Investment Services GmbH. In den ersten Jahren machte die Gesellschaft hauptsächlich Geschäfte mit der Bawag. Erst im Gefolge der ersten Karibik-Affäre um Bawag-Chef Walter Flöttl und dessen Sohn Wolfgang sowie dem damit verbundenen gesteigerten medialen Interesse wurden auch die Verbindungen zwischen Bank und Familie Partik öffentlich – woraufhin die Bank aus den AMV-Geschäften ausstieg.

1997 holte Frau Partik-Wordian die bis dahin in der Branche weithin unbekanntenen Herren Böhmer

und Loidl an Bord. Sie fungierten zunächst als AMV-Geschäftsführer, im Frühjahr 1999 übernahmen sie den Kundenstock und machten sich mit der AMV Asset Management Vermögensverwaltung AG selbstständig (die Gesellschaft wurde später in Amis Asset Management Investment Services AG umbenannt).

Ab diesem Zeitpunkt soll nach Erkenntnissen der Justiz kaum mehr etwas mit rechten Dingen zugegangen sein.

Das Geld der Anleger wurde zwar angeblich in diverse Fondsprodukte investiert, tatsächlich aber disponierten Loidl und Böhmer offenbar nach Belieben und ohne Wissen der Kunden über das ihnen anvertraute Vermögen. Um das Ausmaß der Verschiebungen und Entnahmen zu camoufflieren, wurden die Anleger regelmäßig mit frisierten Kontoauszügen versorgt.

Als die Amis-Gruppe schließlich im November 2005 kollabierte, waren von rund 130 Millionen Euro an Kundengeldern nur mehr etwa 70 Millionen vorhanden. Der Rest dürfte in einem weitverzweigten Netz aus Gesellschaften in Österreich, Deutschland, Liechtenstein, den USA und den Cayman Islands verschwunden sein.

Die österreichische Finanzmarktaufsicht bekam von all dem – angeblich – nichts mit. Erst im August 2005, wenige Wochen vor der Pleite, hatte sie wegen vermuteter Unregelmäßigkeiten den Wiener Wirtschaftsprüfer Martin Wagner zu Amis entsandt. „Ende August erhielt die Finanzmarktaufsicht gesicherte Kenntnis vom Ausmaß des Fehlbetrages und bestellte mit 31. August 2005 DDr. Wagner zum Regierungskommissär. Doch auch dieser konnte nichts mehr ausrichten“, heißt es in der Anklageschrift. Und weiter: „Amis war nicht zu retten.“
Damals nicht mehr. Früher möglicherweise schon.

Die formell im April 2002 eingerichtete Finanzmarktaufsicht beziehungsweise deren Vorläuferin Bundeswertpapieraufsicht (BWA) hatten nach profil-Recherchen bei Amis allein zwischen 1999 und 2002 nicht weniger als drei so genannte Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt: eine im Mai 1999; eine im Februar 2000; eine im Jänner 2002.

Schlimmer noch: Die Prüfer stolperten sehr früh über Ungereimtheiten in den Geschäftsunterlagen – Konsequenzen zeitigte dies jedoch nicht.

So beanstandeten sie beispielsweise bereits im Sommer 1999, dass Kundengelder unter ungeklärten Umständen auf Amis-Konten bei österreichischen Banken gelandet waren. Wo sie nach geltender Rechtslage gar nicht hätten sein dürfen. Um Gelder Dritter hierzulande zu verwalten, bedarf es einer Bankkonzession – die Amis nie hatte. Loidl und ein weiterer Amis-Manager wurden 2000 zu vergleichsweise vernachlässigbaren Geldstrafen verdonnert. Und durften ungeniert weiter fuhrwerken.

Der Prüfreigen. Daneben waren die Prüfer damals auch auf vermeintlich vernachlässigbare Formfehler gestoßen. In der profil vorliegenden Amtshaftungsklage von Anwalt Christandl heißt es dazu: „Schließlich wurde bereits im Prüfbericht 1999 bemängelt, dass die Höhe des Eigenkapitals nicht festgestellt werden konnte und mangels erfolgter Revision auch nicht beurteilt werden konnte, ob es geeignete Kontroll- und Mitteilungsverfahren zur Vermeidung von Geldwäschereitransaktionen gab.“ Allein dieser Umstand hätte ein sofortiges Einschreiten gerechtfertigt. Die manifesten Lücken in dem von Böhmer und Loidl konzipierten System waren es, die den Betrug überhaupt erst ermöglichten.

Zu Jahresbeginn 2002 war die Behörde erneut vor Ort. Diesmal wurde unter anderem die sagemwobene Kundenbuchhaltungs-Software „Investor“ geprüft. Genau genommen war es den Prüfern nur möglich, die von Anlegern geleisteten Einlagen zu vidieren. Wie viel Geld wirklich in den einzelnen Luxemburger Fonds lag, blieb dagegen im Verborgenen. Kein Zufall: Das Programm

war von vornherein so konzipiert worden, dass Soll- und Ist-Stände gar nicht miteinander verglichen werden konnten. „Dieses Programm wurde ... nach den Wünschen und Vorgaben Dietmar Böhmers entwickelt“, schreibt Staatsanwalt Krakow in seiner Anklageschrift. „Schon bei der Ausgestaltung dieser Software stellte er sicher, dass sie seinem und Harald Loidls Betrugsprojekt dienlich gemacht wurde.“

Tatsächlich war es der BWA-Nachfolgerin FMA damit unmöglich, die Kundenbuchhaltung auf ihre Plausibilität hin abzuklopfen. Dennoch geschah: nichts.

Delikates Detail: Einer der fünf Angeklagten, Wolfgang G., war zwischen 2001 und 2003 zunächst als Prokurist, später als Vorstand bei der Amis AG unter Vertrag. Er hatte, wie sich jetzt erst herausstellt, zwischen 1988 und 1996 nicht weniger als vier Verurteilungen wegen Betrugs ausgefasst. Ein Umstand, der, so er der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre, nicht eben zur Vertrauensbildung beigetragen hätte. Ob die Finanzaufsicht zumindest davon Kenntnis hatte, ist nicht bekannt.

Das eigentliche Drama freilich ging im Herbst 2002 über die Bühne. Im Oktober, die Betrügereien waren voll am Laufen, wurde der Vertrieb von Amis-Produkten urplötzlich in der neuen Wiener Vertriebsgesellschaft Amis Financial Consulting AG, kurz AFC, gebündelt. Die dafür erforderliche Wertpapierkonzession wanderte mit Billigung der Behörde von der Amis AG zur AFC.

Was die Finanzmarktaufsicht nicht wissen konnte oder wollte: Sie prüfte fortan ein Vehikel, das nach Erkenntnissen der Justiz nie mehr als eine „leere Hülle“ war. Während über die Muttergesellschaft Amis AG Geldverschiebungen im großen Stil liefen, beaufsichtigte die FMA eine Tochtergesellschaft, die gleichsam nur auf dem Papier existierte. Ein peinlicher wie letztlich letaler Fauxpas. Er wirft die Frage auf, ob die Finanzmarktaufsicht die näheren Umstände der Spaltung innerhalb der Amis-Gruppe überhaupt untersucht hat.

Die Behörde ist formell zwar unabhängig, untersteht aber de facto dem Finanzminister. Zwischen dem Jahr 2000 und der Amis-Pleite 2005 war dies ein gewisser Karl-Heinz Grasser. Auch er persönlich spielt in dem Skandal eine mehr als unglückliche Rolle.

Keine Kompetenzen. Die FMA rechtfertigt sich bis heute damit, im Rahmen bestehender Gesetze stets korrekt gehandelt zu haben. Die Vorstände Kurt Pribil und Heinrich Traumüller werden nicht müde zu betonen, dass die im Wertpapieraufsichtsgesetz festgeschriebenen Pouvoirs längst nicht so weitreichend seien wie etwa jene im Bankwesengesetz. Demnach sei die FMA etwa auch nicht autorisiert, „konkrete Produkte“ zu prüfen. Und bei Amis komme erschwerend hinzu, dass die von Amis aufgelegten Luxemburger Fondsgesellschaften, so genannte Sicavs („Société d'investissement à capital variable“), ohnehin jenseits der Aufsichtskompetenzen gelegen seien.

Wahr ist: Die in Österreich und Deutschland eingesammelten Kundengelder wurden von Böhmer und Loidl vorgeblich dazu verwendet, um Sicav-Anteile in Luxemburg zu kaufen. Verwahrt wurden diese auf Depots der gleichfalls in Luxemburg domizilierten Investment Bank Luxembourg (IBL), heute Sella Bank.

Wahr ist auch, dass Luxemburg der Dreh- und Angelpunkt der Malversationen war. Den Amis-Gründern war es gelungen, die ihnen zugerechnete Treuhandgesellschaft Transcontinental Fund Administration Ltd. mit Sitz auf den Cayman Islands so zwischenzuschalten, dass diese unbehelligt über die IBL/Sella-Kundendepots disponieren konnte; möglicherweise mithilfe von Komplizen innerhalb der Bank.

Wahr ist schließlich, dass die Aufsicht über die ominösen Sicavs und die lokale Bank dem Luxemburger FMA-Pendant CSSF („Commission de Surveillance du Secteur Financier“) oblag.

Das erklärt aber nicht, warum der Sommer 2005 ins Land ziehen musste, ehe die FMA endlich aktiv wurde.

Am 4. März 2004 nämlich hatte die Luxemburger Behörde den Handel mit Amis-Sicavs wegen mutmaßlicher Ungereimtheiten mit sofortiger

Wirkung ausgesetzt. Der von CSSF-Direktor Jean-Nicolas Schaus unterfertigte Bescheid liegt profil vor. Darin heißt es im Wesentlichen: „... dass die Investment Bank Luxembourg in ihrer Eigenschaft als Depotbank der Sicav Amis Funds nicht mit Gewissheit das Bestehen und die tatsächliche Verfügbarkeit der Vermögenswerte ... bestätigen kann.“

Nur wenige Tage zuvor war die CSSF im Zuge einer Nachschau in den Büchern der Bank auf erhebliche Diskrepanzen zwischen dem angeblichen und dem tatsächlich vorhandenen Vermögen der Amis-Kunden gestoßen.

Die Wiener Finanzmarktaufsicht wurde von der Suspendierung noch im März informiert.

Dennoch vergingen zunächst ganze elf Monate, ehe die Behörde Anfang Februar 2005 Amis-Vertreter zu den Vorgängen in Luxemburg befragte. Und es vergingen weitere acht Monate, ehe schließlich die Geschäftsaufsicht über den Wiener Fondsanbieter verhängt wurde.

Aus der Traum. Da war „die größte Seifenblase der Geschichte“ – so der Mitangeklagte Amis-Manager Thomas M. 2002 in einem E-Mail an Dietmar Böhmer – bereits geplatzt.

Letztlich dürfte das System Amis nicht viel mehr als ein sophistiziertes Pyramidenspiel gewesen sein. Die ahnungslosen Anleger finanzierten mit ihren Einlagen einerseits den Lebenswandel der Amis-Gründer, andererseits auch die nachgerade unanständig hohen Provisionen zugunsten der Vertriebspartner. Gleichwohl wurden den Kunden mittels frisierter Kontoauszüge herzeigbare Renditen vorgegaukelt – was wiederum zusätzliche Investoren anlockte. Und nicht alle haben dabei Geld verloren.

Nach Erkenntnissen der Justiz dürften im Laufe der Jahre immer wieder Kunden abgeschichtet worden sein. Mit dem Geld anderer Anleger. Oder, wie es in der Anklageschrift heißt: „Darüber hinaus sorgten die Beschuldigten dafür, dass Kunden, die während des Tatzeitraumes kündigten oder Auszahlungen erhalten sollten, vollständig befriedigt wurden. Dadurch konnte das System Amis für einen langen Zeitraum aufrechterhalten werden, denn der Schaden wurde laufend auf die verbleibenden Kunden übergewälzt und diese glauben gemacht, Amis halte ihre Versprechen.“

Der tiefe Fall. Mit der Suspendierung in Luxemburg im März 2004 klappte dies nicht mehr, da keine neuen Mittel generiert werden konnten. Folglich begann das Konstrukt langsam, aber sicher zu implodieren.

Was Loidl und Böhmer freilich nicht daran hinderte, weitere Umschichtungen zulasten der Klientel vorzunehmen. Zwischen März 2004 und dem Einschreiten der Finanzmarktaufsicht Ende August 2005 dürften solcherart noch einmal 7,7 Millionen Euro zweckentfremdet worden sein.

Das Geld anderer Leute mag Böhmer und Loidl zu wohlhabenden Geschäftsleuten gemacht haben. Vorübergehend. Inzwischen vertreiben sie sich die drögen Tage in der Justizanstalt Wien-Josefstadt mit Tätigkeiten, für die sie einst Personal abgestellt hatten: Reinigungsarbeiten, kleinere Reparaturen und Küchendienste.

Von Michael Nikbakhsh

Google-Anzeigen

·Meinl Success + IZ

Meinl Success European Land jetzt mit InvestitionsZuschuss
www.zinseszins.net

·Investmentfonds

Die Fonds von Zürich. Hoher Ertrag!
www.zurich.at

·Einmalerlag

mit attraktiver Rendite! Geldanlage online.
www.Zuritel.at

1995-2006 © News Networkl Internetservice AG